ANTRAG

der Fraktion der AfD

Transparenz bei Kriminalität von Mehrfachstaatsangehörigen herstellen

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

- 1. in der polizeilichen Kriminalstatistik des Landes Mecklenburg-Vorpommern mehrfache Staatsangehörigkeiten von Tatverdächtigen und Opfern auszuweisen.
- 2. sich dafür einzusetzen, dass in der polizeilichen Kriminalstatistik des Bundes mehrfache Staatsangehörigkeiten von Tatverdächtigen und Opfern ausgewiesen werden.

Nikolaus Kramer und Fraktion

Begründung:

Für eine öffentliche Debatte über Migration und Remigration ist eine ausreichende Informationsbasis erforderlich. In Deutschland ist für die Staatsangehörigen einiger ausländischer Staaten eine zum Teil erheblich höhere relative Kriminalitätsbelastung als bei deutschen Staatsangehörigen festzustellen¹. So sind Afghanen und Syrer bei bestimmten Gewaltdelikten relativ zu ihrem Bevölkerungsanteil häufiger unter den Tatverdächtigen vertreten als Deutsche. Diese Unterschiede bleiben auch bei Berücksichtigung von Geschlecht, Alter und Sozialstatus bestehen.

https://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/kriminalitaet/frank-urbaniok-welche-rolle-spielen-herkunft-und-kultur-bei-kriminalitaet-110618128.html

Es ist von erheblichem Interesse, ob sich signifikant höhere relative Kriminalitätsbelastungen bestimmter Staatsangehörigkeiten auch unter ihren Staatsangehörigen beobachten lassen, die auch die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Dies ermöglicht eine Beantwortung der Frage, ob weitere Einwanderung und Einbürgerung bestimmter Gruppen genauer geprüft werden müssen.

Kenntnis über die Kriminalitätsbelastung von Personen mit doppelter Staatsbürgerschaft ermöglicht auch eine Beurteilung der Frage, ob Möglichkeiten geschaffen werden sollten, Personen mit doppelter Staatsbürgerschaft die deutsche Staatsbürgerschaft zu entziehen, wenn sie die Interessen und das Ansehen Deutschlands durch die Begehung schwerer Straftaten oder in anderer Weise erheblich beeinträchtigen.